



Resolution

"Internationale Terrorismusbekämpfung"

Die Internationale Rechtskommission,

unter Hinweis auf die Untersuchungen der Institution "Iraq-body-count", die die Anzahl der getöteten Zivilisten im Irak wissenschaftlich dokumentiert,

bedauernd feststellend, dass der internationale Terrorismus immer noch vorhanden ist,

feststellend, dass im Rahmen der Terrorismusbekämpfung eine Verletzung der Völker- und Menschenrechte vorkommen kann,

in Sorge, dass einzelne Staaten ohne Absprache mit den zuständigen Regierungen handeln und somit internationale Beziehungen bedroht werden,

in Erinnerung rufend, dass die Terrorismusbekämpfung nicht über den Schutz der körperlichen und geistigen Unversehrtheit gehoben werden sollte,

feststellend, dass militärische Interventionen im Nahen Osten durch westliche Großmächte zu dem Tod zahlreicher Zivilisten führen,

hervorhebend, dass die Anzahl von an Leukämie und anderen Krebsarten Erkrankten im Irak durch den Einsatz von Uranmunition enorm gestiegen ist,

1. empfiehlt die Beauftragung des Arbeitsstabes der Terrorismusbekämpfung in der UN, eine UN-weit geltende Definition für Terrorismus zu erstellen, um die Angleichung der Gesetze in Bezug auf Terrorismus zu erleichtern;
2. fordert nach Vorlage der Definition terroristischer Akte die Einführung des Straftatbestandes „Terrorismus/terroristische Akte“ in den Zuständigkeitskatalog des Internationalen Gerichtshofs;
3. schlägt vor, dass Terrorismus nicht mit Krieg bekämpft werden darf, sondern Terrorismus als internationales Delikt qualifiziert werden muss;
4. fordert, dass die Ursachen des Terrorismus untersucht und im Sinne aller Staaten der UN angegangen werden;
5. ermahnt, dass Antiterrormaßnahmen auf UN-Ebene nur mit Zustimmung der betroffenen Staaten beschlossen werden dürfen;

6. hält es für notwendig, Aufklärungskampagnen im Militär einzuführen, um einen menschenrechtlich korrekten Umgang mit Gefangenen zu gewährleisten;
7. warnt vor militärischen Interventionen mit der Begründung der vermuteten Anwesenheit von terroristischen Gruppen in einem Staat;
8. fordert einen stetigen Austausch von allen verdächtigen Informationen zwischen UN-Mitgliedsstaaten in Kampf gegen den Terrorismus;
9. schlägt vor, vor Ort den Dialog mit Gruppen zu suchen, um Probleme ohne Gewalteinwirkung lösen zu können;
10. fordert die finanzielle Aufstockung des Arbeitsstabs für Terrorbekämpfung, um mehr Möglichkeiten zu finden, die Finanzierung des Terrors zu stoppen, den Schutz der Menschenrechte zu wahren und die Arbeit besser koordinieren zu können.